

## **ATOMSTAATLICHE "ENDLAGERSUCHE" AUFMISCHEN BIS ENTSORGEN: VERANTWORTBAR MACHEN**

**Die für den Betrieb und Weiterbetrieb von Atomanlagen Verantwortlichen stehen vor den Folgen ihrer Politik: Einem noch immer weiter wachsenden Berg von Atommüll, der mit erheblichen Risiken verbunden irgendwo in diesem Land für eine Million Jahre "endgelagert" werden soll.**

Verschärft wird diese nach menschlichem Maßstab endlos während der Nachwelt aufgezwungene Gefahr durch eine staatliche "Suche", die weitgehend geheim gehalten wird. Dies geschieht unter Anwendung zahlloser teils wissenschaftsmisbrauchender Tricks und anderer Vernebelungsmethoden.

Allerdings muss sich die atomstaatliche Einheits- und Einfaltsgeologie zähneknirschend mit neueren Forschungsansätzen und -ergebnissen herumschlagen. Parallel versucht sie seit vielen Jahren auf verdeckte Weise, frühere teils selbst erhobene Sicherheitsstandards aufzuweichen/abzuschaffen.

Außerdem hält sie entgegen zahlreichen internationalen Forschungsbeiträgen das Salz-Undurchlässigkeits-Unverletzlichkeits-Märchen aufrecht und bemüht sich, Salz über das 2017er "Standortauswahlgesetz" und über ihren Synthesebericht von 2020 (grs - 567) endlager-fest zu machen.

Die **BGE** (Bundesgesellschaft für Endlagerung) hat im September 2020 ihren "**Zwischenbericht Teilgebiete**" veröffentlicht, der aufgrund dünner Datenbasis und -herausgabe höchstens als mangelhafter Vortext durchgehen kann. Außerdem ist er an das Standortauswahlgesetz des polit-juristischen Atomkomplexes gebunden. Mittels dessen teils unwissenschaftlichen/riskanten §§22-24 mit ihren "Ausschlusskriterien", "Mindestanforderungen" und "Abwägungskriterien" will die BGE wahrscheinlich mehrere Jahre lang die von ihr zu 54 % des Bundesgebiets künstlich hochgeblasene "Teilgebiete"fläche auf unter 1 % runterbrechen, sicherlich -wie bisher- unter Geheimhaltung.

Genauso verborgen wird es voraussichtlich mit der Missachtung zahlreicher steinologischer Bohrungsdaten geschehen sollen und der gleichfalls nicht hinzunehmenden Ungleichbehandlung der "Teilgebiete" aufgrund der sehr ungleichen Datenlage - bis zur überfallartigen Veröffentlichung des nach Staatsplanung überstürzt zu vollziehenden Ausleseprozesses. Einen Vorgeschmack auf Überfall lieferte die BGE im Juli 2021. Ohne jegliche Vorwarnung knallte sie per Pressemitteilung den Bewohnenden von vier "Teilgebieten", z.B. dem Salzstock Bahlburg knapp südlich von Hamburg, ihre Wahl zum Methodenentwicklungsstandort vor, und das, ohne ausreichende Erklärung. Betroffene, die daraufhin eine genaue Begründung verlangten, versuchte sie lächerlich zu machen (endlagerdialog 16.07.21) und lieferte bisher auch keine exakten Gründe nach.

Ähnlich verhalten sich oft das ebenfalls zum Bundes"umwelt"ministerium gehörende **BaSE** (Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung) sowie die dem Bundeswirtschaftsministerium untergeordnete **BGR** (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe) gegenüber informierten, denkenden und dementsprechend kritisch handelnden Menschen. Gutgläubigkeit, Unwissen und Passivität werden vor diesem Hintergrund zu bösem und zu allzu spätem Erwachen führen. Es geht also darum, BGE & Co. zeitnah zu fordern, dies bei böartigem Verhalten sofort öffentlich zu machen und sie samt dahintersteckenden Bundesregierenden, Bundesparteien und anderweitig Profitierenden unter Druck von unten zu setzen. Konkret bedeutet das momentan, die Ergänzung des "Zwischenberichts" sowie zahlreiche Gesteinsdaten mit anschließender öffentlicher Erörterung (endlagerdialog 30.07.21) einzufordern. Dies entspricht der Forderung der zweiten Fachkonferenz von Juni 2021 nach Verlängerung der gesetzlich vorgeschriebenen dem Staat lästigen "Beteiligungs"-Phase. Dabei bedeutet Beteiligung juristisch hier nicht mehr als die staatliche Pflicht zur Kenntnisnahme, die im Abheften/Speichern von Eingaben oder in der physischen Anwesenheit von Staatsbediensteten bestehen kann. Ähnlich verlief bisher die genannte Phase. Derzeit versucht sich das BaSE offenbar im Zeitschinden gegenüber der Beantwortung der o.a. Konferenzforderung. Somit liegt sie im Trend des seit Veröffentlichung des "Zwischenberichts" zunehmenden Ausgrenzens der Bevölkerung. Dazu passt auch der etwa gleichzeitige Versuch von CDU/CSU/SPD, mit der 17. Atomgesetz-Novelle die Klagemöglichkeiten der Bevölkerung gegen Staatsvorhaben auszuhebeln.

Letztlich will der Bundestag in 10 Jahren die "Suche" entscheiden. Die Abgeordnetenzahlen begünstigen vor allem NRW, Baden-Württemberg und Bayern und überhaupt das westliche bis südliche Deutschland, also herausragende Verursacher von Atommüll. Alle potenziell Betroffenen sollten ihre "Teilgebiete" und/oder benachbarte "Teilgebiete" auf Ausschluss hin abchecken und die dem entsprechenden Fakten einholen, auswerten und sich mit anderen zusammentun. Die Ergebnisse sind mit denen der unabhängigen Geologie und der jeweils zuständigen Landesgeologie abzugleichen. Datenerhebung und -verarbeitung sollten im eigenen Interesse zügig angegangen werden, da der Atomstaat in Ausnutzung von Corona vorausgaloppiert, um vollendete Tatsachen zu schaffen.

Infos bieten schon mal im Netz die **bunte "Teilgebiete"-Karte**, einsehbar bei .ausgestrahlt und anderen, außerdem eine Fülle an Daten die umfassende Internetseite **endlagerdialog** , vor allem mit ihrem Eintrag vom 18.02.2021, dort z.B. unter „Zwischenbericht Teilgebiete (info)“, „Ergänzung: Karten zu ...“ sowie „1 A Teilgebiete“. Hier findet sich mehr zu den schleswig-holsteinischen "Teilgebieten" 004, 006, 007, 053, 063, 068, 069, 071, 072, 074, 075-01, 075-02, 076-02 sowie 078-07. 053-072 sind Salzstöcke, die letzten vier o.a. "Teilgebiete" sind für die BGE

flachlagernde Salzkörper. Infos zur Nutzung/Ausbeutung des Untergrundes bietet der Geologische Dienst des Landes in seiner Schrift "Geologische Potenzialanalyse des tieferen Untergrundes Schleswig-Holstein". Die Ländergeologien wissen oft mehr über ihr Land als die BGE. Da uns der Bund viele wesentliche Daten vorenthält, kann es Sinn machen, die 3-D-Bilder des Dienstes und anderer seiner Infos zu checken/abzufragen.

Dann gibt es selbständige Profis, z.B. im Baugrundbereich, unabhängige Geologie-Leute in Unis, Forschungseinrichtungen, Umweltämtern von Kreis/Stadt bis Land, Vereinen mit Lokal-/Regionalkenntnissen bzw. weiteren Bereichen. Unabhängige Fachkundige sollten sich aus doppelter, nämlich ökologisch-sozialer und wissenschaftlicher Verantwortlichkeit heraus vermehrt einbringen. Sie werden dringend gebraucht.

Der "grüne" "Umwelt"minister von SH bietet im Gegensatz zu Niedersachsen keinerlei finanzielle und sonstige Unterstützung zur Wissensbereicherung der Bevölkerung.

### **Klima, Geologie, Forschungsbedarf:**

**In diesem Beitrag geht es natürlich nicht um lokalen Egoismus, sondern um Schadensbegrenzung überall.** Außerdem sind im Untergrund in alle Richtungen weitreichende Wasserwegsamkeiten fernab von menschengemachten Oberflächen-Grenzen üblich.

Unten werden Fakten angeführt, die unabhängig von staatlich vertretenen Positionen in Richtung Ausschluss gehen und gleichermaßen allgemeinverständlich sind. Weiterhin geht es dort hauptsächlich um Salzstöcke=aufgestiegene Salzkörper und das Wirtsgestein Salz überhaupt. Dies kann auch u.a. flachlagernd oder, bereits leicht aufgewölbt, kissenförmig vorkommen. Außerdem stehen zukünftig mehrfach von Gletschern auch großer Dicke=Mächtigkeit überfahrene Regionen im Mittelpunkt.

Bei geologischen Vorhersagen ist zu bedenken, dass zwangsläufig oft das Aktualitätsprinzip bemüht wird. Hierbei werden die Spuren der Vergangenheit gedeutet. Spätestens angesichts der hoch riskanten "Endlagerung" muss ständig berücksichtigt werden, dass es **schlimmer** als bisher kommen kann, d.h. über den schlimmsten Fall hinaus. Anhand von im Folgenden genannten Einzelheiten lassen sich viele "Teilgebiete" bzgl. einiger Gesichtspunkte überprüfen und kritisieren sowie möglicherweise entsorgen.

### **Zu den Fakten:**

1) Der **globale Meeresspiegelanstieg** kann nach mehrfacher Einschätzung bis 2500 bis zu 16 m betragen. Neuere Forschungsergebnisse legen das mittelfristige komplette Abschmelzen beider polarer Eisschilde nahe. Das würde nochmal ca. 50 m oben drauf bedeuten. Die gesetzlich vorgeschriebene Rückholbarkeit des Mülls, insbesondere aus Salzkörpern, bis 2550 klingt interessant, im Falle von bereits unter

Meeresboden liegenden "Teilgebieten" und solchen, die es voraussichtlich mittelfristig werden. Deichnahe tiefliegende "Teilgebiete" im Bereich der trichterförmigen Elbmündung fallen in Kombination mit Flussvertiefung und klimabedingter Zunahme von Sturmfluten in Anzahl und Stärke gleich ins Auge, so auch Habecks kluge Aussprache für weiteren hochradioaktiven britischen Atomwaffenmüll ins "Zwischenlager" Brokdorf sowie die von Brunsbüttel geplante bombige Lagerung von Flüssiggastanks neben seinem eigenen "Zwischenlager". "Zwischenlager" enthalten vielfach mehr an Radioaktivität als AKWs und sind kaum oder gar nicht gesichert/sicherbar. Die drei an der Elbe liegen alle in und außerdem neben "Teilgebieten". Da könnte doch "endgelagert" werden.

Apropos Unterelbe: Der Salzstock Krempe/Lägerdorf, von der BGE zum "Teilgebiet"-Salzstock 063 befördert, hat sowieso fast alle Negativkriterien zu bieten, auch laut der noch nicht so glattgebügelt "BGR-Salzstudie" von 1995. In der Region gibt es außerdem aktuelle Senkungsbeträge von beachtlichen zwei bis zweieinhalb mm pro Jahr.

2) Bei **Tiefenangaben** ist zu beachten, dass die gesetzlich fixierten oft viel zu niedrig angesetzt sind, weil die direkten und indirekten Folgen von Vergletscherungen staatlicherseits klein geredet und ausgeschwiegen wurden/werden. Im Detail geht es z.B. um den Abstand zwischen Salzstockoberfläche zu sandigem bis tonigem Nachtertiär bzw. zur Erdoberfläche.

3) Schwerwiegen kann die Schädigung durch unterirdische Auflösung von **Salz** durch Wasser = **Subrosion**. Diese Zersetzung hinterlässt öfters Senken im oberen Salzstock. Sie kann außerdem über im Dachbereich des Stocks gelegene Scheitelstörungen aufgrund deren Steilheit, also ggf. schneller und tiefer hinabfließendem Wasser, zerstörender wirken. Salz ist nun mal das einzige leicht wasserlösliche Wirtsgestein. Subrosion kann in Salz bis 1000 m tief reichen. Einer der spezifischen Nachteile der **Salzstöcke** besteht darin, dass auch aufgrund der Steilstellung ihrer Schichten Wasser in große Tiefen vorstoßen kann. Letzteres kann außerdem dadurch passieren, dass gefüllte Hohlräume im Salz wasserwegsam werden. Wasserleitende angrenzende Ablagerungsgesteine können zu seitlicher bzw. von unten her erfolgreicher Salzvernässung führen.

Die Selbstschließung von Rissen in Salz ist, entgegen staatlicher Behauptung, nicht selbstverständlich.

Die vergleichsweise gute Erforschung der nächsten Umgebung von Salzstöcken durch die Erdgas- und Erdölindustrie erhöht abseits gegenteiliger Beteuerungen die Gefahr, "auserwählt" zu werden.

Salzstöcke bzw. Salz sind die Lieblinge des Atomstaats samt der von ihm Profitierenden bezüglich der Eignung zur "Endlagerung" hochradioaktiven Mülls. Das lässt sich u.a. an Folgendem ablesen:

- 60 von 90 der von der BGE zur näheren Betrachtung auserkorenen "Teilgebiete"

sind Salzstöcke

- Abstreiten/Verharmlosen/Verschweigen der Notwendigkeit eines erosionshemmenden Deckgebirges unter Gletscher sowie der Gefährdung durch Gletscher, deren Abtauen, nachfolgende Warmzeiten und durch Meeresüberflutungen
- Ständige Behauptung der Salzundurchlässigkeit gegenüber Flüssigkeiten/Gasen sowie der weitgehenden Widerstandsfähigkeit gegen wasserbedingte Auflösung /Abtragung
- Mauer des Schweigens zur großen senkrechten Durchlässigkeit mindestens 1000 m dicken Salzes unter Auflast, berichtet in zahlreichen internationalen Fachpublikationen
- Jahrzehnte des Verschweigens des häufigen gemeinsamen Auftretens von Salzstöcken und Erdgasvorkommen und hierbei der Kombination von Gas mit Brüchen im Salz; aktuelles Verschleiern der Bedeutung dieser Tatsachen, beides "Fehler" der BGR
- Spitzenposition in der im Synthesebericht 2020 (grs-567) vorgenommenen Eignungsbewertung gegenüber den anderen Wirtsgesteinen Tongestein und "Kristallingestein" (Hartgestein)

Was nicht passt, wird passend gemacht. Solange wir uns nicht informieren und es zulassen.

4) Gegen starke Erosion= Abtragung von Erdoberfläche durch die Auflast eines sich bewegenden kilometerdicken Gletschers gibt es keinen ausreichenden Schutz durch überlagernde **Barrieren/Deckgebirge**, weder im Norden noch im Alpenvorlandbecken, schon gar nicht für 1 Mio. Jahre. Dazu wäre nämlich stark erosionshemmendes/ festes/hartes/dickschichtiges Gestein in größerer Tiefe erforderlich. Unter Hinweis auf den für lange Zeiträume auszuschließenden Schutz durch Tongesteins-Barrieren zu vertreten, ausgerechnet Salz wäre für sich allein ausreichend für ein „Endlager“, ist einfach nur dreist. Logisch wäre hingegen, bezüglich stark eiszeitgefährdeter Gebiete in Richtung Ausschluss zu gehen.

5) Unter Gletschern entstanden durch Schmelzwasser teils sehr tiefe **Rinnen=Quartärrinnen=Subglazialrinnen**. Die in solchen Rinnen auf ca. 850 bzw. über 1.000 Meter bezifferte maximale Tiefenabtragung ging auf Gletscherschmelzwasser zurück. Dessen große Tiefenwirkung wiederum basierte auf linienhafte Kanalisierung und Druck des auf ihm lastenden Gletschers. Die bereits angeführten Scheitelstörungen im Dachbereich von Salzstöcken können jederzeit durch wieder aktivierte Tiefenstörungen weiter ausgeprägt werden. Dadurch würden sie zu noch besseren Angriffspunkten für Rinnen. Im Falle größerer Tiefenreichweite können sie zu noch schneller und tiefer wirkender Subrosion führen. Derzeit laufen bundesbeauftragte Forschungen zu Rinnen und zu nachfolgend näher beschriebenen Vergletscherungen und Warmzeiten. Das ist viel zu spät, weil damit erst reichlich

nach der Veröffentlichung des „Zwischenberichtes“ begonnen wurde bzw. zu kurz vorher. Da stellt sich die Frage, ob bzw. inwieweit, wo und wie verfälscht die Ergebnisse dieser besonders wichtigen Vorhaben öffentlich gemacht / in die "Suche" einfließen werden.

6) Bis kilometertiefe **Störungen**, d.h. dadurch vor allem verursachte Brüche, ermöglichen den Durchfluss von Flüssigkeiten/Gasen. Sie lassen sich laut Modellrechnungen an Hebungen und Senkungen der Erdoberfläche erkennen. Hebungen schon weit unterhalb eines Millimeters müssten, da wie immer auf eine Million Jahre bezogen ausschließende Wirkung haben. Brosig et al 2020 erwähnen in einer Arbeit zu aktiven und reaktivierten Störungen Modellrechnungen mit bis etwa fünf Kilometer tief reichenden Störungen, möglicherweise wieder aktiviert durch **Gletscherauflast**. Diese bezieht sich auf die jüngste Eiszeit, die schwächer ausgeprägte Weichsel-Eiszeit. Fünf Kilometer Tiefe geben laut ihnen auch andere Modellrechnungen an, gemessen an der Auflast eines 500 m dicken Gletschers. In diese Richtung gehen des weiteren Äußerungen des Geophysikers Christian Hübscher von Februar 2021 auf der ersten Fachkonferenz Teilgebiete in den AG's B3 und A1, im Internet unter BaSE einsehbar. Hübscher bezog sich dabei u.a. auch auf bis ca. 800 m tiefe Rinnen, gestützt auf eigene Forschungen unter der Eckernförder Bucht und der südlichen Nordsee. Bei Störungen und Rinnen legte er für größere Tiefen eine Verbindung zu zahlreichen Salzstöcken und -kissen nahe, häufig unter/in der Nähe von Gletscherauflast, im Zusammenhang mit ihr entstanden und dies in jüngerer bis jüngster Zeit, d.h. zwischen 34 Millionen Jahren bis jetzt. Hinsichtlich dieser aktuellen bis relativ modernen Verdung von Stöcken und Kissen kommt für ihn auch die Fernwirkung der fortdauernden Alpenentstehung in Frage. Das jugendliche Alter dieser Prozesse kann durchaus mit der von einem Landesgeologen ins Spiel gebrachten Tatsache zusammenhängen, dass junge Stöcke nur von quartären, also nachtertiären Ablagerungen bedeckt sind. Jederzeit können wiederaktivierte Sockelstörungen aus großer Tiefe heraus Salzstöcke und deren Gesteinumhüllung schädigen.

Gletscherauflast von mehr als zwei km Dicke kann Darunterliegendes um etwa einen km nach unten drücken. Im Falle von in der Tiefe liegendem Salz kann dieses dadurch ggf. seitlich in den benachbarten nichtübergletscherten Untergrund einfließen. Dort kann es flachlagerndes Salz, sofern vorhanden, unterfüttern. Bei ausreichender Zufuhr würde dieses sich zum Kissen aufwölben, bei weiterer Zufuhr nach oben hin aufsteigen, also dort zum Stock werden.

Brosig et al führen an, dass lt. Modellrechnungen seitliche Auswirkungen von Gletscherauflast bis 300 km vor die Gletscherfronten alte Störungen wieder aktivieren können. Unter Einbeziehung von den Alpen aus nordwärts vorstoßenden Fronten wäre daher sicherlich die gesamte "Teilgebiete"-Fläche zu untersuchen. Brosig et al empfehlen die Erfassung sämtlicher Störungen im Land. Diskussionen mit

landesgeologischen Diensten hält die BGE per Verschwiegenheitsvereinbarung geheim. Sicherlich stören sie so, dass wir nichts von ihnen mitkriegen sollen. Im Zusammenhang mit den Störungszonen des "Glückstadt-Graben", der den größten Teil Schleswig-Holsteins und damit sämtliche seiner Salzstöcke einnimmt, erwähnte Hübscher mehrere der gesetzlich vorgesehenen "Ausschlusskriterien" mit u.a. großräumigen Hebungen, Senkungen und aktiven Störungszonen. Außerdem brachte er als möglichen neuen Ausschluss die Auswirkungen zukünftiger Vereisungen ein. Er bekräftigte die Vorhersage von acht bis neun Eiszeiten, d.h. von mehrfachen starken Vergletscherungen mit Rinnen, anschließendem Abtauen einschließlich Urstromtälern, immer im Wechsel mit warmzeitlichen Prozessen. Hübscher zufolge sind sämtliche der davon zukünftig betroffenen Regionen inklusive Alpenvorlandbecken also ein erheblicher Teil des Bundesgebietes, auf grundsätzliche Eignung hin **verstärkt zu beforschen**. Dabei wäre vom schlimmsten Szenario, also stärkster Vergletscherung der Vergangenheit in der vorletzten, der Saale-Eiszeit auszugehen. Die Wichtigkeit der von Hübscher genannten mehr als zehn Arten von Prozessen sei zu beurteilen, außerdem, ob die Auswirkungen genau genug vorhersehbar und gut genug beforschbar seien, d.h. auch, ob sie überhaupt noch ermittelbar sind. Zu den Prozessen gehören u.a. Entlastungs-Erdbeben aufgrund des Abschmelzens der Gletscher, also der dann fehlenden Auflast, und bis in viele hundert Meter Tiefe reichende ausgedehnte Eisseen. Letztere gab es an der Gletscherfront vom Münsterland über das mittlere Niedersachsen bis nach Sachsen-Anhalt. Besonders ausgedehnt war der letzteiszeitliche bis vor knapp 10000 Jahren bestehende "Baltische Eisstausee". In der Fläche etwa der heutigen Ostsee entsprechend reichte er im Süden bis unmittelbar vor die mecklenburgische Küste. Ausschließende Kriterien scheinen also unabhängig von den gesetzlich fixierten besonders im Reich von tiefen Rinnen, Störungen, Landhebungen, Gletschern, Gletscherschmelzen und nachfolgenden Warmzeiten zu liegen. Schon für sich allein sind sie von großer Bedeutung, bei üblicher- und logischerweise kombiniertem Auftreten umso mehr.

Die o.a. **Forschungen** müssen in Anlehnung an Hübscher im Zusammenhang mit Studien stehen, die wiederum durch **unabhängige** Gutachten zu bewerten sind. Das macht Sinn, sofern die Unabhängigkeit vom Staat gemeint ist und die tatsächlichen Ergebnisse der Bevölkerung initiativ, unverändert und barrierefrei in schriftlicher Form übergeben werden. Dazu gehören auch mehrfache Vorankündigungen in den Massenmedien und für die Kommunen. Ersichtlich besteht **umfassender langjähriger Forschungsbedarf**. Da die "Suche" auf dem geringstmöglichen geologischen Risiko basieren muss, wird sie nach Einschätzung unabhängiger Experten Jahrzehnte länger dauern, also mindestens bis in die 2070er.

7) **Natürliche Vorkommen von Erdgas/-öl**, an/in Salzgestein, auch üblich an Tongestein, legen den Ausschluss nahe, ebenso frühere, aktuelle und zukünftige

**Nutzungen**, also Rohstoffausbeutung von z.B. Erdgas/-öl, Erdwärmennutzung und Energiespeicherung neben/an/in Salzstöcken. Dazu gehören weiterhin die durch Vorkommen und Nutzung bedingte Schädigung von Grundwasser und Untergrund durch Erkundung, Betrieb, Rückstände, Schadstoffentledigung wie Verpressung giftiger Chemikalien im Rahmen von Fracking sowie durch ausgediente Bohrlöcher, Dichtungen usw.

8) **Wassereinzugsgebiete**, -brunnen, -quellen, Grundwasserleiter.

### **Schlussfolgerungen**

Aus dem Bisherigen lassen sich neben anfangs gestellten Forderungen u.a. folgende Notwendigkeiten ableiten:

- Kritische Aufarbeitung bisheriger Staats-"Geologie" unter Einbeziehung anders positionierter Forschung.
- Ermittlung neuer Forschungsbereiche und deren Bearbeitung unter maßgeblicher Einbeziehung und Gleichberechtigung der bisher weitgehend außen vorgelassenen staatsfreien Geologie.
- Forschungsberichte ohne Vorzensurierung durch den Staat
- Fond für unabhängige Forschung
- Personalaufstockung durch Bundesmittel zur stärkeren Einbeziehung der Geologischen Dienste der armen Bundesländer, d.h. in Ostdeutschland und SH
- Veröffentlichung, auch nachträglich, aller Diskussionen zwischen Geologischen Diensten und BGE
- Bundesfinanzierung eines Glossars, das Wesentliches zu Mineralogie, "Steinologie", und anderen wichtigen geologischen Aspekten detailliert, fachlich richtig und verständlich darstellt. Platzierung des Glossars in allen größeren für die Öffentlichkeit bestimmten Medien, auch in Druckerzeugnissen, die in erheblicher Zahl für den internetfreien Bevölkerungsteil zu erstellen sind.

Die aussitzende Ignorierung dieser Notwendigkeiten/Forderungen wäre vor dem bisher dargestellten Hintergrund als weitgehende Missachtung von Sicherheitsanforderungen/Risikominimierung zu werten. Nach spätestens vierwöchigem Aussitzen wäre sofortiger breiter Widerstand von unten angesagt. Z.B. durch wissensorientiertes Öffentlichmachen des Charakters der „Endlagersuche“, durch öffentlichkeitswirksame Aktionen, durch physische Anwesenheit und vor allem durch gemeinsames Handeln und Vernetzen.

Gefahr durch die hauptverursachenden abgeordnetenstarken Länder im Bundestag bezüglich der Abschiebung ihres Mülls droht eher eiszeitgefährdeten und/oder dünn besiedelten Gebieten mit wenig Widerstandspotenzial. Durchsetzbarkeit war schon immer das zentrale Argument dieses Staates für den Standort von "Endlagern" und ähnlich brisanten Atomanlagen. Gorleben war da eine Fehleinschätzung, weil es zu unwissenschaftlich und direkt anvisiert worden war. Daher gibt es jetzt die



"Endlagersuche".

Hierzulande geht es um hochradioaktiven Müll aus deutschen Atomanlagen, direkt oder über den Umweg französischer/britischer Plutoniumfabriken. In letzteren wurde und wird aus solchem Müll Plutonium herausgelöst, u.a. für westeuropäische Plutoniumsprengköpfe. In Nagasaki fand der erste Menschenversuch mit einer Plutoniumbombe statt. In Hiroshima Tage vorher der erste mit einer Uranbombe. Atomwaffen waren und sind der eigentliche Antriebsmotor der Atomenergie. Die Zerstörungskraft des hiesigen „Endlager“-Mülls entspricht der von vielen tausend Nagasaki- und Hiroshimabomben. Sie untergeschoben zu bekommen, lässt sich am ehesten durch gut begründeten und zahlreich erfolgenden **Widerstand von unten** verhindern.

Im Sinne allen Lebens geht es darum, dass hochradioaktiver Müll global nur riskant gelagert werden kann, ob an Oberfläche oder in irgendwelchen Tiefen. Auch daher sind sämtliche Atommüll produzierende Anlagen **sofort und endgültig** stillzulegen. **Für eine Welt, in der Atomanlagen und Atomwaffen nicht möglich sind!**

degit